

---

## FORUM: Gewerkschaften

---



### Birgit Mahnkopf: Vom Sozialpartner zur Nicht-Regierungsorganisation?

*Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, geb. 1950 in Berlin, Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaft, Psychologie und Pädagogik an der FU Berlin, ist Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland.*

---

In Deutschland gehört es heute zum guten Ton, die Gewerkschaften zu beschimpfen. Wer sich über „gewerkschaftliche Betonköpfe“ mokiert, die „ökonomisch notwendige Reformen“ (in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) blockieren und zukunftsweisende „Innovationen“ (in der Tarifpolitik) ausbremsen, darf mit breiter Zustimmung rechnen. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein(e) namhafte(r) Politiker(in), ein Vertreter der deutschen Wirtschaft, unzählige Journalisten und Wissenschaftler die Litanei von den hoffnungslos veralteten, gleichwohl noch immer viel zu einflussreichen Gewerkschaften anstimmen.

#### **Volkssport: Gewerkschaften prügeln**

Einer Mehrheitsmeinung zufolge sehen die Gewerkschaften vor allem deswegen „alt“ aus, weil sie noch immer für eine Politik eintreten, die Wohlstand gerecht verteilen und diejenigen, die kein Eigentum besitzen, in den Genuss sozialer und ökonomischer Sicherheit bringen soll. Beim „Gewerkschaften prügeln“ ist den selbst ernannten „Modernisierern“ in Regierungsämtern, Parteizentralen und Talk Shows jedes, auch das dümmste Argument gerade recht: Die anhaltende Wirtschaftskrise, ausbleibende Investitionen der Unternehmen, fehlende Arbeitsplätze und sinkendes Steueraufkommen der öffentlichen Hand werden dem störrischen Einfluss „organisierter Gewerkschaftsinteressen“ zugeschrieben. Kündigungsschutzregelungen, existenzsichernde Löhne, Transferleistungen, die im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit ein menschenwürdiges Leben ermöglichen sollen, und Flächentarifverträge, die die Lohnungleichheit unter den Beschäftigten der gleichen Branche begrenzen, werden in Zeiten struktureller Massenarbeitslosigkeit zu Beschäftigungshindernissen umdefiniert - unter aktiver Beihilfe des akademisch zertifizierten Sachverständigen von Ökonomen. Gegenüber politischen Argumenten ist dieser leicht zu immunisieren, wenn er sich auf Studien des IWF oder der OECD stützen kann, jener internationalen Organisationen, die seit mehr als zwei Jahrzehnten die neoliberalen Leitmotive für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Europa vorgeben.

Die Seriosität dieser Studien wird hingegen selten in Zweifel gezogen, selbst wenn sie - wie die jüngste IWF-Studie zu Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktbedingungen, die als Teil des „World Economic Outlook“ zur Frühjahrstagung von IWF und Weltbank erscheint - in nahezu allen die Gewerkschaften und die Tarifpolitik betreffenden Zusammenhängen zu Ergebnissen kommt, die einer von der Schwesterorganisation Weltbank im Februar 2003

veröffentlichten Studie widersprechen: In ihrem Bericht über die „Wirtschaftlichen Auswirkungen von gewerkschaftlicher Organisation in der globalisierten Welt“, in dem mehr als 1000 Einzeluntersuchungen ausgewertet wurden, stellt die Weltbank fest: Gewerkschaften und stark zentralisierte Tarifverhandlungen sind nicht nur gut für die Beschäftigten - weil sie diesen zu höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten, besserer Ausbildung und längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen verhelfen, und weil sie die Lohndifferenziale zwischen Männern und Frauen, zwischen Qualifizierten und Ungelernten verringern; sie kommen auch der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt zugute. Denn ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad und zentralisierte Tarifverhandlungen gehen in der Regel mit einer niedrigeren und weniger dauerhaften Arbeitslosigkeit, mit weniger und kürzeren Streiks, erhöhter Produktivität und einer niedrigeren Inflationsrate einher. Vor allem aber schützen sie offene Volkswirtschaften vor externen Schocks durch internationale Märkte. In der Anfang April 2003 publizierte IWF-Studie, die Daten (aus 20 Industrieländern) zu den Jahren 1960-1998 mit einem neuen Simulationsmodell bearbeitet hat, ist hingegen zu lesen: Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad führe ebenso wie eine „großzügige“ Arbeitslosenunterstützung und ein strikter Kündigungsschutz längerfristig zu höherer Arbeitslosigkeit. Beide Studien stimmen darin überein, dass Flächentarifverträge den Lohnwettbewerb verhindern und deshalb letztlich die Reallöhne erhöhen. Aus der Sicht des IWF ist dies von Übel, daher empfiehlt er eine Lockerung der Arbeitsmarktregulierung in Europa auf US-Niveau. Bei der Weltbank lautet die Schlussfolgerung ihres stellvertretenden Direktors hingegen: Die Zusammenarbeit der Tarifparteien Sorge für ein besseres Investitionsklima und begünstige eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Mehrprodukts.

Freilich wird immer wieder beteuert, niemand in Deutschland strebe eine Amerikanisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an. Dennoch geht es in der öffentlichen Debatte wie bei dem von einer rot-grünen Regierung betriebenen „Reform-Projekt“ letztlich nur um eines: Der Faktor Arbeit soll billiger werden. Gleichzeitig soll dieser im Vergleich zum Kapital weniger mobile Produktionsfaktor einen größeren Teil der Steuerlast tragen. Dabei handelt es sich um eine sehr beschränkte Sicht, die einzelwirtschaftliche Interessen über gesamtwirtschaftliche stellt und außerdem die Demokratie ihres sozialen Charakters beraubt. Seit der Erfindung eines „Dritten Weges“ in der europäischen Sozialdemokratie wird eine derartige Sichtweise jedoch als Ausdruck größerer „Gerechtigkeit“ ausgegeben, vor allem von den regierenden Sozialdemokraten, doch mehr noch von den grünen Regierungsmitgliedern: „Den Faktor Arbeit billiger zu machen, ist auch ein Stück Gerechtigkeit“, so der zur Parteilinken gerechnete grüne Umweltminister Jürgen Trittin.<sup>1</sup> In der „neuen“, häufig erst vor einer Generation aus kleinen Verhältnissen aufgestiegenen Mittelschicht der westlichen Bundesländer dürfte diese Sichtweise, die „besitzstandswahrende Gewerkschaften“ als natürliche politische Gegner betrachtet, durchaus mehrheitsfähig sein. Die „neue Mittelschicht“ verbindet mit jener Art von Gerechtigkeit lediglich einen größeren Druck auf einfache Arbeit, von dem sie, als qualifizierte „Leistungsträger“, in modernen Segmenten des Arbeitsmarktes profitieren könnte: als Konsumenten (billigerer personennaher Dienstleistungen) oder als Arbeitgeber (kleiner und mittlerer Unternehmen). Dies könnte sich indes als ein schwerer Irrtum erweisen, denn das Lohngefüge gerät insgesamt ins Rutschen, wenn die Schwächsten nach unten gedrückt werden.

---

1 In: Financial Times Deutschland, 3.4.2003.

### Vom schwindenden „ökonomischen Wert der Sozialpolitik“

Gänzlich unverschuldet sind die Gewerkschaften nicht zum Buhmann der Nation geworden. Der Sozialabbau, der heute von einer rot-grünen Regierung im Umfang ausgeweitet und im Tempo forciert wird, hat vor etwa 20 Jahren, in der Ära Kohl, begonnen. Von den Gewerkschaften wurde diese Entwicklung keineswegs mit massivem Widerstand zur Verteidigung der sozialen Demokratie beantwortet, sondern mit Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen; also genau so, wie der neoliberale *mainstream*, Politiker aller Parteien und diejenigen Wissenschaftler, die den „Modernisierern“ in den Reihen der Gewerkschaften als Berater genehm waren, es forderten. Die Gewerkschaften haben mit ihrer Tarif- und Betriebspolitik einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geleistet. Wie die damals noch zur parlamentarischen Opposition gehörenden Sozialdemokraten, so versuchten sie das „Gespenst der Globalisierung“ dadurch zu bannen, dass sie die Stärken des „Standort Deutschland“ beschworen - unter Verweis auf die im internationalen Vergleich eher moderate Steigerung der realen Lohnstückkosten und die eher niedrige und in den letzten Jahren kontinuierlich sinkende Steuerbelastung der Unternehmen.

Gleichzeitig begannen die Gewerkschaften, den „ökonomischen Wert der Sozialpolitik“ (Götz Briefs) ins Zentrum ihrer Argumentation zu rücken: Sie verwiesen auf die Abhängigkeit des Standorts und der Innovationsfähigkeit von gut ausgebildeten und motivierten Arbeitnehmern; sie hoben die Absurdität des beliebten Arguments von niedrigen Lohnkosten als relevantem Standortfaktor hervor und betonten - auch dies völlig zu Recht - die Nachfragefunktion der Löhne für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Doch haben sie sich mit dieser Argumentation auf das Terrain ihrer Widersacher begeben - und dort gelten bekanntlich die Spielregeln des globalen Wettbewerbs. Am Beispiel der USA lässt sich trefflich demonstrieren, dass eine „Kultur der Angst“ die Sozialkosten für die Unternehmen extrem niedrig und dass Migrationsströme die Gewerkschaften schwach halten können. Warum also sollte, um des sozialen Friedens willen oder im Interesse an hoher Produktivität, auf den Versuch verzichtet werden, den Preis der Arbeitskraft nach unten zu drücken: durch eine Teilprivatisierung der Altersversorgung, die Absenkung der Lohnnebenkosten oder eine Erhöhung der Selbstbeteiligung bei den Gesundheitskosten?

Der Verweis auf den „ökonomischen Wert der Sozialpolitik“ mag in Perioden kräftigen Wirtschaftswachstums eine bescheidene Umverteilung von oben nach unten legitimieren. Gleichwohl waren deren Effekte für eine Reduzierung der sozialen Ungleichheit selbst in den vergangenen „guten Zeiten“ geringer als gemeinhin angenommen. Doch in Zeiten von ökonomischer Krise und struktureller Massenarbeitslosigkeit verwandelt sich die Legitimationsfigur in ein (Gegen)Argument für die Verbilligung von Arbeit. Dieses lässt sich nur entkräften, wenn die Gewerkschaften rechtliche Vorkehrungen gegen die großen Lebensrisiken Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit, existenzsichernde Löhne, Beschäftigungssicherheit durch einen guten Kündigungsschutz - und vieles andere, das die Internationale Arbeitsorganisation zu den Bedingungen „menschwürdiger Arbeit“ rechnet - als politische Trümpfe der Arbeitnehmer gegen die Betriebsführungen bezeichnen und verteidigen würde. Werden diese Rechte hingegen von Konjunktur- und Weltmarktentwicklungen oder von der Situation öffentlicher Haushalte abhängig gemacht, verlieren sie ihre Kernfunktion. Daher müssen sie in einem *autonomen Diskurs* von den Arbeitnehmern und ihren Organisationen *selbstbewusst* verteidigt werden.

Davon kann aber selbst nach den einschneidenden Reallohnverlusten der letzten Jahre, angesichts niedrigerer Renten, höherer individueller Kosten der Gesundheitsversorgung und höherer Bildungskosten keine Rede sein. In den 16 Jahren der Kohl-Regierung und den nachfolgenden fünf Jahren mit rot-grüner Mehrheit im Bundestag haben die Gewerkschaften zwar immer wieder gegen die Demontage des deutschen Sozialstaats protestiert, fügten sich - nach kleinen Korrekturen am Abbauwerk - aber doch immer relativ geräuschlos in das scheinbar Unvermeidliche. Der einmal eingeschlagene Pfad des Wettbewerbskorporatismus, der den deutschen Gewerkschaften vom ökonomischen und sozialwissenschaftlichen „Sachverstand“ nachdrücklich empfohlen wurde, hat ganze Regionen, Branchen und Arbeitnehmergruppen zu Verlierern der wirtschaftlichen Globalisierung gemacht und die soziale Spaltung und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt forciert. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Debatte über „Wege zu mehr Beschäftigung“ seit Ende der 1990er-Jahre um eine möglichst friktionslose Amerikanisierung der Beschäftigungspolitik kreist.

Konsensorientierung und Anpassungsfähigkeit haben sich also nicht ausgezahlt. Bei den Lohnabschlüssen der letzten Jahre ist es noch nicht einmal gelungen, den Verteilungsspielraum, der durch Produktivitätsanstieg und Inflationsentwicklung markiert wird, voll auszuschöpfen. Die Kooperation der Gewerkschaften bei der Herstellung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt, die nicht zuletzt mit einer ungezügelter Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes erkaufte wurde, hat ihre Rolle als intermediäre Organisationen, die an der Regulierung der Arbeitsbeziehungen beteiligt werden müssen, sogar nachhaltig geschwächt. Denn die Arbeitgeber erkennen sie heute nicht mehr zweifelsfrei als Tarifpartner an. Zu allem Übel scheint auch das Modell des politischen Tausches nicht mehr zu funktionieren.

### **Das zerrüttete Verhältnis von SPD und Gewerkschaften**

Die verminderte „Bündnisfähigkeit“ der deutschen Gewerkschaften hat selbstverständlich viel mit ihren hinlänglich analysierten Strukturproblemen und vor allem mit ihrer Mitgliederkrise zu tun: mit der Überalterung ihrer Mitgliedschaft, den geringen Organisationserfolgen bei den jungen, den noch immer bescheidenen Erfolgen bei den weiblichen und den höherqualifizierten Beschäftigtengruppen und mit ihrem nach wie vor schwierigen Zugang zu den ArbeitnehmerInnen in den Niedriglohnbranchen. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang das Zusammentreffen von anhaltender Massenarbeitslosigkeit, einer Tertiarisierung der Ökonomie, der organisationsinternen Dezentralisierung von Unternehmen und Folgen der Arbeitsmigration nach Europa. Diese Tendenzen kumulieren in einer Reduzierung formell geregelter Lohnarbeitsverhältnisse und in der Verbreitung prekärer, wenn nicht gänzlich „informalisierter Arbeit“.<sup>2</sup> Es schrumpft die Zahl der Beschäftigten mit Arbeitnehmerstatus und damit auch das gewerkschaftliche Rekrutierungspotential.

Dies ist keine Besonderheit der deutschen Gewerkschaften. Strukturprobleme dieser Art gibt es in ganz Europa. Allerdings dürfte kaum eine andere Gewerkschaftsbewegung vom Verlust eines verlässlichen Partners in der politischen Arena ähnlich stark getroffen sein wie die deutsche. Auch in anderen europäischen Ländern sind Sozialdemokraten mit der Übernahme von Regierungsverantwortung in einen Konfrontationskurs zu den Gewerkschaften

---

2 Vgl. dazu ausführlich Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster 2002.

gegangen. Doch waren sich die Gewerkschaften hierzulande immer ganz sicher, dass ihre hinlänglich demonstrierte Anpassungsbereitschaft im Produktivitätswettbewerb von einer SPD-geführten Bundesregierung mit Entgegenkommen in der Arbeits- und Sozialpolitik honoriert werden würde. Die SPD war für sie auf kommunaler, Landes- und Bundesebene der Kanal, über den ein Zugang zur gesetzlichen Bindung von Arbeitnehmerrechten angestrebt und in vielen Fällen auch erreicht werden konnte. Die Ironie der Geschichte will es jedoch, dass diejenige Partei, die einst angetreten war, den Kapitalismus durch soziale Fortschritte zu reformieren, den Begriff der Reformen in der Wahrnehmung ihrer einstigen Stammwählerschaft zu einem Droh- und Schimpfwort gemacht hat.

Lange Zeit übten sich die Gewerkschaften im Weghören. Denn nicht erst seit der Verkündung der „Agenda 2010“ durch Bundeskanzler Schröder im März 2003 hatte die SPD-Führung keinen Zweifel daran gelassen, dass sie soziale Gerechtigkeit künftig als Hinnahme sozialer Ungleichheit durch eigentumslose Schichten verstanden wissen will: Wirtschaftswachstum soll durch Sozialabbau und Flexibilisierung der Arbeit erreicht werden; Anreizsysteme in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollen dafür sorgen, dass Empfänger sozialer Transferleistungen diesen Status durch Übernahme von „Eigenverantwortung“ verlassen. Niemandem konnte verborgen bleiben, dass es darum ging, Arbeitnehmer und ihre Organisationen zum Verzicht auf erworbene soziale Rechte zu bewegen. Die Gewerkschaften vertrauten aber darauf, dass ihr Einfluss auf die SPD-Führung diese davor bewahren würde, eine Politik des politischen Gegners zu betreiben. Heute zeigt sich jedoch, dass die Regierungsfähigkeit der rot-grünen Koalition mit einer Politik gesichert werden soll, die in der „sozialen Frage“ eine große Koalition vorwegnimmt (oder auf diese vorbereitet). Deshalb erhält sie viel Beifall aus dem Unternehmerlager, auch wenn dieses, die Gunst der Stunde nutzend, immer noch ein wenig mehr Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung oder die Abschaffung der Unternehmensmitbestimmung fordert.

Sehr spät regte sich am linken Rand der SPD und an ihrer gewerkschaftsnahen Basis Widerstand gegen die substanzverzehrenden „Reformen“ des Sozialstaats. Doch können ArbeitnehmerInnen, prekär beschäftigte Selbständige und Arbeitslose wirklich darauf vertrauen, dass ihr *gemeinsames Interesse* an sozialer und ökonomischer Sicherheit durch innerparteilichen Druck ein höheres politisches Gewicht erhält? Steht nicht eher zu befürchten, dass der Unmut „traditionalistisch“ orientierter SPD-Mitglieder und der mutige Vorstoß einiger weniger SPD-Parlamentarier im besten Fall ein paar marginale Korrekturen am sozialstaatlichen „Deformierungsprojekt“ der Regierungskoalition bewirken werden?

Dass eine von der SPD-Basis getragene „Revolte“ zum neuerlichen „Schulterschluss“ zwischen Gewerkschaften und SPD führen könnte, ist noch aus einem anderen Grund eher unwahrscheinlich: Wie in der deutschen Gesellschaft insgesamt, so gibt es auch unter den SPD-Mitgliedern immer weniger Menschen im politisch aktiven Alter (zwischen 35-50 Jahren), die irgendeine mentale Bindung an die Gewerkschaften haben, sei es durch den eigenen Werdegang oder durch Erfahrungen im näheren persönlichen Umfeld. Folglich fehlen auch Primärerfahrungen damit, dass Solidarität mit schwächeren Marktteilnehmern nicht nur im längerfristigen Eigeninteresse sinnvoll ist, sondern sogar „emotionalen Mehrwert“ abwirft. So gesehen ist das zerrüttete Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften auch Ausdruck eines Generationenproblems: Die Generation derer, für die politische Demokratie, die Ausweitung sozialer Bürgerrechte und rechtsstaatliche Garantie menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse eine unauflösliche Einheit darstellen, ist bereits im Ruhestand oder kurz davor. Für die politisch aktive Generation der erfolgsorientierten „Macher“ erscheint diese Einheit jedoch eher als sozialmoralisches Überbleibsel aus einem vergangenen „sozialde-

mokratischen Jahrhundert“, als wettbewerbshinderlicher Ballast, der nur noch von veränderungsresistenten „gewerkschaftlichen Betonköpfen“ und „Sozialaposteln“ (Hans Olaf Henkel) ins 21. Jahrhundert mitgeschleppt wird.

### **Neue Aufgaben und neue Bündnispartner**

Durch Folgen der ökonomischen Globalisierung, den sozialstrukturellen Wandel und eine Mitglie­der­krise geschwächt und daher kaum in der Lage, den Arbeitgebern *Paroli* zu bieten, müssen die deutschen Gewerkschaften in Zukunft also ganz ohne einen verlässlichen politischen Arm in einem feindlich gesinnten Umfeld agieren. Die Frage lautet daher: Wie kann eine autonome Politik entwickelt werden, wenn auf absehbare Zeit mit einer Regierung zu rechnen ist, deren Herz nicht mehr „links schlägt“, sondern die eher auf die zumeist fadenscheinigen Klagen der Unternehmer reagiert und dazu von der vierten Gewalt der Medien und der „fünften Gewalt der Finanzmärkte“ (Rolf-E. Breuer) immer wieder angetrieben wird? Im Grunde gibt es darauf nur eine Antwort: Einerseits muss so viel *Gegendruck erzeugt werden*, dass die heutige, wie jede andere, ihr möglicherweise nachfolgende Regierung mit dem hohen Preis des sozialen Unfriedens konfrontiert wird, den ihr auf soziale Spaltung und die Verbreitung von sozialer und ökonomischer Unsicherheit hinauslaufendes „Reformvorhaben“ fordert. Das Argument eines drohenden Machtverlustes der regierenden Sozialdemokraten (und ihrer grünen Helfer), das so lange als Disziplinierungsmittel funktioniert hat, zieht nicht mehr, wenn erst die Frage aufgeworfen wird, was die Parteien an der Macht mit dieser bewirken. Andererseits müssen die Gewerkschaften *außerhalb des korporatistischen Diskurses* - böswillige Zungen sprechen auch vom „etablierten Machtkartell“ - *eine demokratische Alternative für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung entwickeln*. Dazu benötigen sie neue Bündnispartner und die gibt es derzeit in Deutschland wohl nur im außerparlamentarischen Spektrum der sozialen Bewegungen und in der grenzüberschreitenden Kooperation mit anderen Gewerkschaften und Organisationen einer globalen Zivilgesellschaft.

Um Gegendruck zu erzeugen, muss sich auf Seiten der Gewerkschaften allerdings viel verändern: *Erstens* ist eine *massive Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder verlangt*. Mit phantasievollen Aktionen wäre deutlich zu machen, dass Gewerkschaften, wenn sie „Rechte von Arbeitnehmern“ verteidigen, deshalb noch lange nicht „gegen Arbeitslose“ Politik machen, wie ihnen immer wieder unterstellt wird.<sup>3</sup> Wer gegen die geplanten Lockerungen des Kündigungsschutzes mobilisiert und in diesem Zusammenhang aufzeigt, wie die angekündigte Absenkung der Arbeitslosenhilfe für Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, den Absturz auf Sozialhilfeniveau einleiten kann, wird nicht nur Geringqualifizierte und die Beschäftigten sterbender Industriezweige ansprechen. Es dürften auch viele „Besserverdienende“ unter den Arbeitnehmern, denen viel Flexibilität abverlangt und immer weniger soziale und ökonomische Sicherheit in Aussicht gestellt wird, enttäuscht und wütend genug sein, um eine große Protestbewegung mitzutragen. Doch seit den Septemberstreiks Ende der 1960er-Jahre ist die Gewerkschaftsbasis in Deutschland (zumeist) nur in Zusammenarbeit mit den Apparaten auf die Straße gegangen. Daher wird alles davon abhängen, ob insbesondere die großen Gewerkschaften Ver.di und IG Metall ihre personellen, organisato-

---

3 So z.B. in einem Hetzkommentar der Financial Times Deutschland gegen den designierten IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters v. 14.4.2003.

rischen, technischen und finanziellen Ressourcen für eine machtvolle Mobilisierung zur Verfügung stellen.

*Zweitens* müssen die Gewerkschaften *für eine wohl informierte Gegenöffentlichkeit* in allen Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik *sorgen*. Die globalisierungskritische Bewegung könnte ihnen dabei als Beispiel dienen: Wurden deren Aktivisten anfänglich von den Medien als gewaltbereite Chaoten abgestempelt und von den Ordnungskräften in vielen Ländern auch so behandelt, setzen sich heute nicht nur die auf nationale Belange fixierten Vertreter politischer Parteien, sondern auch internationale Organisationen und transnationale Unternehmen mit den Argumenten jener weltweiten Bewegung auseinander, die eine „andere Welt“ für möglich hält. Diese Entwicklung ist nicht allein auf die (beachtliche) Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung, sondern ebenso auf ihre medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit und eine breite Bildungsbewegung zurück zu führen, die in vielem an die Anfänge der Arbeiterbewegung erinnert und auf dem Prinzip der Selbstorganisation beruht.

Wie die globalisierungskritische *Bewegung* bräuchten die Gewerkschaften *drittens einen Think Tank für alternative Konzepte*, der einerseits gesellschaftliche Trends aufspürt, mit denen sich Gewerkschaften auseinander setzen müssen und andererseits eine Anlaufstelle für alle diejenigen Bürger/innen darstellt, die vielleicht niemals Mitglied einer Gewerkschaft werden, doch in vielen ökonomischen und sozialen Fragen Beratung und Orientierung nachfragen. Das verlangt eine Öffnung der Gewerkschaften für kritisches Denken jenseits des angebotspolitischen *Mainstream*, von dem sie sich in den letzten Jahren beraten lassen - mit tatkräftiger Unterstützung durch die Bertelsmann Stiftung. Von dieser Entscheidung dürfte auch abhängen, ob die Gewerkschaften zukünftig politische Intellektuelle, Meinungsmacher und Multiplikatoren aus dem universitären Milieu als Mitstreiter gewinnen können. Denn auch hier tickt eine „demographische Bombe“: Jene Wissenschaftler, Publizisten und Pädagogen, die aufgrund eigener biographischer Erfahrungen eine Beziehung zu den Gewerkschaften aufbauen konnten, sind bereits im oder gehen demnächst in den Ruhestand; und für die nachwachsenden Wissenschaftlergenerationen ist nichts Anziehendes an der Kultur der Gewerkschaften, die für sie in ein anderes Jahrhundert zu gehören scheint. Wer sich heute außerhalb oder quer zu seinen professionellen Interessen und Arbeitsgebieten politisch engagiert, tut dies eher bei „attac“ als bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Doch nicht allein im Hinblick auf die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit könnten die deutschen Gewerkschaften *viertens von der globalisierungskritischen Bewegung einiges lernen*. Was Unternehmensberatungen den Gewerkschaftszentralen als Konzepte „moderner Betriebsführung“ gegen viel Geld anpreisen und was von diesen als ein Schlüssel zukunftssträchtigen Strukturwandels betrachtet wird, stellt in den Netzwerken sozialer Bewegungen eine selbstverständliche Grundvoraussetzung dar: die Pluralität von Meinungen zu akzeptieren; eine Dezentralisierung von Entscheidungen; die Einbeziehung der Erfahrungen der/des Einzelnen; statt strikter Arbeitsteilung die überschaubare, sachlich orientierte Projektarbeit; und eine prozessorientierte Formulierung von Standpunkten, die auf eine Weiterentwicklung derselben zielen. Von diesen Netzwerken könnten die Gewerkschaften lernen, was es heißt, große Massen zur Debatte, Kooperation und Aktion zu befähigen - ohne Bürokratie und ohne Hierarchie.

Auch die Umsetzung eines alten Traums der Arbeiterbewegung: die gemeinsame Aktion über Landesgrenzen hinweg, fällt der globalisierungskritischen Bewegung viel leichter als den Gewerkschaften, die ihrer vielleicht noch dringender bedürften. Diese sind heute genauso wenig eine globale „Gegenmacht“ zum mobilen Kapital, wie sie es 1864 waren, als Karl Marx zur

Internationalen Arbeiterassoziation in London sprach und einen „brüderlichen Bund unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder“ forderte. Dies liegt im Falle der deutschen Gewerkschaften nicht zuletzt daran, dass trotz ihrer vergleichsweise üppigen personellen, technischen und finanziellen Ressourcen noch immer kein tragfähiges europa- oder gar weltweites und engmaschiges Netzwerk besteht - wie in der globalisierungskritischen Bewegung, die mit ihrem „World Social Forum“ von Porto Alegre das „World Economic Forum“ von Davos herausfordert oder die auf dem „Europäischen Sozialforum“ von Florenz im Winter 2002 beschlossene Großdemonstration gegen einen Krieg im Irak binnen weniger Monate zu einer globalen Friedensbewegung nie da gewesenen Ausmaßes vernetzen kann.

*Fünftens* zeichnen sich mittlerweile so viele *gemeinsame Interessen der globalisierungskritischen und der Gewerkschaftsbewegung* ab, dass nicht nur punktuelle gemeinsame Aktionen und Erklärungen sinnvoll sind, sondern eine systematische Zusammenarbeit angestrebt werden könnte. Verteilungsfragen müssen die Gewerkschaften wohl auch morgen noch insbesondere dort stellen und durchfechten, wo die Interessen ihrer Mitglieder - wenn auch unter schwierigeren Bedingungen als früher - kollektiv organisierbar sind: in den Betrieben und Verwaltungen. Die Attraktivität der Gewerkschaften für Nichtmitglieder, insbesondere für jüngere Menschen in der Ausbildungsphase oder zu Beginn ihres Erwerbslebens, dürfte hingegen vor allem davon abhängen, ob es den Gewerkschaften gelingt, sich als Teil einer „globalen Bewegung für soziale Gerechtigkeit und menschliche Sicherheit“ Gehör zu verschaffen. Diese Bewegung gibt es ja bereits und sie hat ein zentrales Thema: Kampf gegen die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Der Trend der Entstaatlichung, Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Güter (insbesondere solche der öffentlichen Daseinsfürsorge) ruft weltweit massive Gegenwehr hervor; in Deutschland ist davon bislang nur wenig zu hören. Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsdienstleistungen, Infrastruktureinrichtungen, die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und vieles andere, was zu den öffentlichen Gütern zählt, müssen als Bürgerrecht erhalten bleiben und dürfen nicht durch (Teil)Privatisierung in ein privates Gut umgewandelt werden. Denn dies würde regressive Verteilungswirkungen haben, die die jetzige soziale Schieflage für viele schwache Marktteilnehmer zu einer Rutschbahn ins soziale Abseits machte.

Eine öffentliche Auseinandersetzung darüber, welche Güter und Dienstleistungen öffentlich und welche privat bereitgestellt werden sollten, ob und wie Privatisierung und Effizienzsteigerung zusammenhängen, wie öffentliche Güter finanziert werden können und ob die Privatisierung öffentlicher Unternehmen eine richtige Antwort auf die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte darstellt, sollte nicht nur die Mitglieder von Ver.di berühren, die mit diesen Entwicklungen konkrete Arbeitsplatzinteressen verbinden. Es wäre Aufgabe einer alle Einzelgewerkschaften umfassenden Bildungsbewegung, deutlich zu machen, dass es keine soziale gerechte Antwort auf die Arbeitsmarktkrise geben kann, die auf Kosten von Frieden und menschlicher Sicherheit, einer intakten Umwelt, Gesundheit oder Bildung geht. Von der Versorgung mit diesen Gütern hängt nicht nur die Realisierung sozialer Gerechtigkeit ab, sondern auch die Verwirklichung von Freiheit, die mehr bedeutet als nur die Abwesenheit von Not und (staatlichem) Zwang, nämlich ein Leben nach eigenen Entscheidungen führen zu können. Von der Versorgung mit diesen und anderen öffentlichen Gütern wird auch abhängen, wie viel Solidarität in der Gesellschaft aufgebracht und erwartet, wie der Risikoausgleich zwischen Starken und Schwachen, Gesunden und Kranken, mächtigen und verletzbaren Akteuren gestaltet werden kann.



(Nur) Als Teil einer globalen sozialen Bewegung für die öffentliche Verantwortung für Daseinsvorsorge und „gutes Leben“ haben die Gewerkschaften eine Zukunft, in der ihre Verteilungsaufgaben nicht als Ausdruck betonköpfigen Starrsinns, sondern als ein unverzichtbarer Beitrag zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wahrgenommen und honoriert wird.